

Thema: skandalheim**"Heime waren Kindergefängnisse"**

Die Stadt Wien wurde bereits in den 1970er-Jahren über die schlimmen Zustände in den Heimen informiert, sagt Ex-SPÖ-Politikerin Irmtraut Karlsson.

Letztes Update am 05.12.2011, 08:42



Es war ein System der Respektlosigkeit und Rechtlosigkeit der Kinder." Viele Heime der Stadt Wien seien "Kindergefängnisse gewesen". So beschreibt die Psychologin und ehemalige SPÖ-Politikerin Irmtraut Karlsson die städtischen Kinderheime in den Siebzigerjahren.

Damals hätten die meisten Kinderheime der Stadt Wien "totalen Institutionen" entsprochen. Alle Angelegenheiten der Kinder seien damals unter einem Dach geregelt worden: Wohnen, Schule, Freizeit, Arztbesuche. 1974 hat Karlsson der Stadt Wien ihre Studie "Verwaltete Kinder" vorgelegt, in der sie zu dem Ergebnis gekommen ist, dass 14 von 34 Kinderheime als "Kindergefängnisse" klassifiziert werden können. "Dort war alles abgeschlossen. Es gab Gewalt- und Demütigungsrituale. Diese Heime waren schlimmer als Gefängnisse", sagt Karlsson. Und: "Diese totale Abgeschottetheit in diesen Heimen hat Kinder gebrochen."

34 Heime der Stadt Wien hat Karlsson mit einem Team von Studentinnen von 1972 bis 1974 untersucht. Elf Heime haben den geltenden Standards entsprochen. Im Großteil habe aber Gewalt und Demütigung vorgeherrscht.

Karlsson interviewte die Heimleiter und die Betreuer, hat das Verhalten der Kinder beobachtet. Sämtliche Rohdaten hat sie damals der Magistratsabteilung 11 in "einer riesigen Kiste" gebracht: Namen der Betreuer, Beurteilungen und "ausführlich besprochene Folgen" für die Bewohner dieser Heime.

"Das war alles bekannt", sagt sie. "Das wurde veröffentlicht" - wenn auch zensiert. Die Namen der einzelnen Heime musste sie durch Ziffern ersetzen.

Die erschreckenden Ergebnisse ihre Studie haben damals kaum jemanden interessiert: "Wir dachten, das wäre jetzt der große Aufschrei", sagt Karlsson. Geschehen sei fast nichts.



Die ehemalige SPÖ-Politikerin Irmtraut Karlsson hat die Stadt Wien bereits 1974 über Missstände in den Kinderheimen informiert. Der erwartete Aufschrei blieb allerdings aus.

In einem privat geführten Kinderheim in Altenberg in Niederösterreich sei Karlsson selbst Zeugin einer sexuellen Belästigung eines achtjährigen Mädchens durch den Heimleiter geworden. Den Übergriff habe sie dem Oberamtsleiter der MA 11 sofort gemeldet. Direkte Konsequenzen gab es für den Heimleiter aber keine. Es kam zu keiner Anzeige, das Heim wurde nicht geschlossen. "Die Stadt hat dann halt keine Kinder mehr dorthin geschickt", erzählt Karlsson. Deshalb sei es wohl 1980 auch geschlossen worden, vermutet Karlsson. Und anstelle der Konsequenzen für die Heimleitung sei sie damals auf ihre "Amtsverschwiegenheit" hingewiesen worden. Die MA 11 von damals beschreibt sie heute als "irrsinnig hierarchischen Verein".

Mit den Opfern von damals müsse man "respektvoll und sensibel" umgehen. "Die dürfen nicht wieder runtergemacht werden."

Über die von zwei Opfern geschilderten systematischen Massenvergewaltigungen im Schlafsaal sagt Karlsson: "Ich kann das glauben. So etwas kann möglich sein in totalen Systemen". Aber: "Ich weiß nicht, ob die Mädchen damals kapiert haben, welche Männer das waren. Es kann gut sein, dass sie eigentlich Männer, die von

außen eingedrungen sind, als Erzieher vermutet haben." Dass aber damals schon bekannt gewesen sein dürfte, dass Mädchen im Kinderheim Schloss Wilhelminenberg vergewaltigt worden sein könnten, schließt sie nicht aus: "Man hat das gemunkelt", sagt Karlsson. Und: Kritik an den Heimen sei damals auch schon von anderen Erziehern und Journalisten gekommen.



Die ehemalige SPÖ-Politikerin Irmtraut Karlsson hat die Stadt Wien bereits 1974 über Missstände in den Kinderheimen informiert. Der erwartete Aufschrei blieb allerdings aus.

Bildungswissenschaftler Stefan Hopmann ist von den Erzählungen rund um die gewaltsamen Vorfälle am Wilhelminenberg wenig überrascht. "Man muss begreifen, dass das in der Logik solcher Institutionen liegt. Totale Institutionen erlauben Missbrauch und ermöglichen dies Menschen, die das suchen", sagt Hopmann zur APA. Die Anzahl totaler Institutionen habe sich verringert, heute gibt es kleinere Betreuungseinheiten. "Wenn sich jemand vergreift, dann kann er es nicht mehr so großflächig tun", so Hopmann.

Und: Schwarze Pädagogik dürfte es nur noch selten geben. Aber: "Ich wette, dass es solche Fälle immer noch gibt." Beweisen könne er das nicht, aber: "Ich möchte sehen, dass sich wer hinstellt und garantieren kann, dass es das nicht mehr gibt", sagt der Forscher. Die Strukturen würden ein Fehlverhalten erlauben.

Hilfe: Opfer sollen sich melden

Der KURIER rät allen Opfern, sich bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft (01/7077000) oder bei der Opfer-Hotline des "Weissen Rings" (01/4000-85918) zu melden. Die Experten der beiden Organisationen können rasch und unbürokratisch Unterstützung und Hilfe anbieten.

Letztes Update am 05.12.2011, 08:42

Artikel vom 19.10.2011 16:00 | KURIER | Georg Hönigsberger, Julia Schrenk |